

iel Leute gibt es, die
s erste beste Schup-
st, es ist ja nur der
ung tabellos in Ord-
der Menschen. Wie
Kleidung ein blinder,
nnen Schuwerk von
enden Sie zur Pflege
h Ermin farbige
rmin Chelpaste
en ihn selbsttätig auf
in Veruch und Sie

Chetred Meur Dr. Majes
land Dr. Schumacher
mlich in Dortmund, 1. 11.
rupis, Münster 1. 11.
terfische, Berlin 1. 11.
Heint. 5. 11. 11.
Gedult, Dord. 1. 11.

dneten-Versammlung
1930, um 18 1/2 Uhr,
g:
ordneten.

iblung des Städti-
rt (Wohlfahrt) und
chen Anleihe.
der für die Kana-
marf pp. und Schul-
nenen Anleihe in

1930.
Schönische.

hützen-Verein
nd 1/9 Uhr
es
onzeri
e Nacht.
es Witterung
aus.
Der Vorstand.

EN
hr bei Gebrauch von
Packe 2,80 Mk. Bei
zurück. Zu beziehen
and durch Apotheken
t einen Versuch, auch
silt. Persa-Vertrieb
Stuttgart. 4490

ung!
ge Beteiligung an
Kauf evtl. nicht
Diskretion selbst-
r. 1942 an die

morgen 7 Uhr ab
eine große Sendung
ullerschweine
tlicher Preisverstei-
ele äußerst günstige
Buars, Dingden.
Ringenberg 106.

Große
Elektro-
Schau!
Gruppen! 300
Lände! Die neuen
Ernungsschaf-
m! 6 Muster-Be-
eben in voller
mit vollständiger
Rohbaumwolle
Fabrik für Holz-
schmiede; Land-
Muster-Schau-
elekt. Restaurant
mit Indien!
Rekord-Attrak-
Leuchfontäne
Luna-Park mit
Rhein".

Elektrotechnik
alles lebt!
schöne! beim
erhältlich; beim
unüberbittelt.

VERDEN
en durch
STOSKRAUTEREE
Schwarzhölzer
112. Nymck 1112.
orgenen

haarpwasser
gehen Schuppen
aarwuchsfördernd,
30. 1 Str. 2,40 Mk.
Scholl.

Volksblatt

Dietrichs Bedingungen für die Uebernahme des Reichsfinanzministeriums.

Größere Abstriche am Etat und Abänderung der Deckungsvorlagen.

Die parlamentarische Lage sehr kritisch.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 24. Juni (Drahts.).

Im Reichstag konnte man am Dienstag eine gewisse Unruhe und Beklemmung feststellen. Dieser Zustand war auf den Gang der politischen Ereignisse zurückzuführen, der tatsächlich in der letzten Zeit etwas schleppend war. In weiten Kreisen ist das Gefühl wach, daß die Reichsregierung bisher zu wenig aktiv gewesen sei, um dem Reichstag die Entscheidung aufzuzwingen. Nunmehr kann man mit Recht annehmen, daß kein Grund mehr zu einer Bemängelung der Haltung des Reichskabinetts vorhanden ist. Denn die Entscheidung ist herangekriegt.

Aus dem Umstand, daß die Reichsregierung den Reichstag gebeten hat, die bei ihm eingereichten Deckungsvorlagen nicht weiter zu beraten, wurde in einigen Blättern und auch teilweise im Reichstag der Schluß gezogen, das Reichskabinett habe auf das Notopfer verzichtet. Es handelt sich hierbei um eine irrtümliche Auffassung. Schon vor mehreren Tagen hat Reichskanzler Dr. Brüning ohne Umschweife erklärt, daß das Reichskabinett in der Form zwar Veränderungen zulassen könne, daß es aber unbedingt am Grundgedanken des Notopfers festhalten werde. Das Ersuchen an den Reichstag hängt nicht mit einer Zurückziehung des Notopfers zusammen, sondern mit den ausstehenden Verhandlungen, die Reichskanzler Dr. Brüning mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich wegen der Uebernahme des Reichsfinanzministeriums seit zwei Tagen geführt hat. Es hätte keinen Zweck, im Reichstag Vorlagen zu beraten, die durch Beschlüsse des Kabinetts umgestaltet werden. Wie wir hören, hat Dr. Dietrich bei den Verhandlungen mit dem Reichskanzler ganz konkrete Forderungen gestellt, von deren Erfüllung er die Annahme des Finanzministeriums abhängig macht. Das Programm Dr. Dietrichs umfaßt in der Hauptsache vier Punkte, nämlich

1. Kürzung der Reichsausgaben um 120 Millionen Reichsmark. Dr. Moldenbauer hatte bekanntlich erklärt, am Reichsetat ließen sich nur noch 25 Millionen streichen.
2. Wunsch Dr. Dietrich die Einführung eines niedrigen — es heißt zehnprozentigen — Zuschlages zur Einkommensteuer für Einkommen von einer gewissen Grenze ab.
3. Am Notopfer für die Beamten hält Dr. Dietrich fest. Er wünscht jedoch nicht, wie es in der Regierungsvorlage vorgesehen war, 4 Prozent, sondern etwas mehr als die preussische Regierung verlangt, nur 2 1/2 Prozent. Die Redigierung soll bleiben.
4. Verlangt Dr. Dietrich durchgreifende Maßnahmen für eine allgemeine Preislenkung.

Wenn das Reichskabinett diesen Forderungen in der Nachbittung, die um 8 Uhr abends begann, zustimmt, dann ist die Bahn frei gemacht, um den Reichstag das entscheidende Wort sprechen zu lassen.

Im Reichstag sind jedoch wiederum sehr große Schwierigkeiten zu erwarten. Zunächst ist es die demokratische Fraktion, die gegen das Programm Dr. Dietrichs starke Bedenken hat. Man wird jedoch annehmen dürfen, daß die Demokraten sich schließlich doch noch zur Auffassung des Reichskabinetts bekennen werden. Anders liegen die Dinge aber bei der Deutschen Volkspartei, die es sich nun einmal offenbar in den Kopf gesetzt hat, eine Krise heraufzubeschwören. Der Beschluß der Volkspartei, das Notopfer abzulehnen, verringert die Stimmen, auf die das Kabinett angewiesen ist, zu einer großen Minderheit. Von welchen Absichten sich die Deutsche Volkspartei leiten läßt, ist nicht recht ersichtlich. Soviel ist jedoch gewiß, daß sie sich lieber heute als morgen der Verantwortung entziehen möchte. Man braucht jedoch die Hoffnung auf eine parlamentarische Erledigung der Deckungsvorlagen, worauf das Reichskabinett den größten Wert legt, nicht völlig aufzugeben. Denn das von Dr. Dietrich ausgearbeitete Deckungsprogramm nähert sich sehr stark den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gemachten Vorschlägen. In einigen Blättern wird die Behauptung aufgestellt, zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und Vertretern der sozialdemokratischen Partei hätten bereits Verhandlungen stattgefunden. Dies trifft nicht zu. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, diese Behauptung zu dementieren und festzustellen, daß all diese Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Wenn jedoch bisher zwischen dem Reichskanzler und sozialdemokratischen Persönlichkeiten keine

Verhandlungen stattgefunden haben, so schließt das nicht aus, daß in absehbarer Zeit doch eine Fühlungnahme Platz greifen kann.

Sollten alle Wege zur parlamentarischen Verabschiedung der Deckungsvorlagen verbaucht sein, so wird das Reichskabinett nicht daran vorbeikommen, dem Reichstag und dem Reichstag den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zur Durchführung der notwendigen Finanzmaßnahmen vorzulegen. Im allgemeinen glaubt man, daß die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht aufzubringen sei. Wenn sich jedoch die Beschlüsse des Kabinetts mit den Vorschlägen der Sozialdemokraten weitgehend decken und wenn Reichskanzler Dr. Brüning in geschickt geführten Verhandlungen mit den Sozialdemokraten Erfolg haben sollte, dann wäre die notwendige Majorität doch vielleicht möglich. Dringt das Reichskabinett nicht mit einem Ermächtigungsgesetz durch, dann bleibt nur Artikel 48. Wie bestimmt verlautet, ist der Reichspräsident auch zur Anwendung dieses Mittels entschlossen. Die Deckungsvorlagen müßten dann im Wege der Notverordnung durchgeführt werden. Allerdings wären damit die Schwierigkeiten nicht beseitigt, denn nach vier Wochen müßten die erlassenen Notverordnungen dem Reichstag vorgelegt werden. Wenn der Reichstag jetzt zum großen Teil aus Parteigängern nicht den Mut aufbringt, die Vorlagen zu verabschieden, so würde er wahrscheinlich auch den Notverordnungen die Zustimmung verweigern. Dann würde das Kabinett nichts anderes übrig bleiben, als die Notverordnungen zurückzuziehen. Hand in Hand damit könnte die Auflösung des Reichstages gehen. Die Parteien werden sich sehr ernsthaft mit der Frage befassen müssen, ob sie eine solche Entwicklung wünschen. Man sollte annehmen, daß die Spuren der jüngsten Landtagswahlen schmerzen müßten.

Die Zentrumsfraktion hielt am Dienstag abend eine Sitzung ab. Ein Bericht des Fraktionsvorsitz-

des, der sich in Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Brüning eingehend mit der politischen Lage befaßt hatte, wurde entgegengenommen und in angeregter Diskussion besprochen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. In der Fraktion trat einmütig die Auffassung zu Tage, daß das Reichskabinett mit Energie auf dem beschränkten Wege weitergehen und handeln soll.

Die sozialdemokratischen Richtlinien zur Finanz- und Wirtschaftslage.

Berlin, 23. Juni.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Montag abend einstimmig über die von der Fraktion in mehreren Sitzungen aufgestellten Richtlinien zur Finanz- und Wirtschaftslage. Einleitend wird festgestellt, daß die unsozialen, gescheiterten Maßnahmen der Regierung Brüning die Finanznot nicht zu beseitigen vermocht hätten. Die von der Regierung aufgestellten neuen Pläne führten zu weiteren ungerechten Belastungen und bedrohten das Wirtschaftsleben aufs neue mit Verminderung der Massentaufkraft.

Der Teil der Richtlinien, der sich mit der Finanzfrage befaßt, besagt, daß Sparanstrengungen in allen öffentlichen Körperschaften einzuwirken müßten. Diese dürfe aber nicht dazu führen, daß die sozialen Verpflichtungen des Reiches verschlechtert werden. Vor allem müßten die Ausgaben für Militär und die hohen Pensionen und Gehälter abgebaut werden. Soweit darüber hinaus neue Einnahmen zur Deckung des Haushaltsdefizites notwendig seien, erreiche man diese am besten und einfachsten durch einen progressiven Einkommensteuersatz. Nur wenn durch diesen Zuschlag die notwendigen Mittel nicht aufgebracht werden könnten, sei daneben eine Heranziehung derjenigen Volksschichten nicht zu vermeiden, die der Gefahr der Erwerbslosigkeit nicht ausgelegt seien.

2 647 000 Arbeitslose!

Eine dringende Mahnung an den Reichstag.

(1) Berlin, 24. Juni.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1.—15. Juni hat sich der Rückgang der Beschäftigung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung noch weiter abgezeichnet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtszeit nur noch um rund 45 000 geringer geworden. Dem steht nicht nur ein weiterer Zuwachs der Krüsenunterstützten um rund 13 000 gegenüber, sondern auch die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat zum ersten Mal wieder seit Anfang März eine geringe Erhöhung um etwa 12 000 erfahren.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in

der Krüsenunterstützung 351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres; die Ueberlieferung der Unterstü-

tenziffer ist mithin gegenüber dem Stand vom 1. Juni weiterhin angewachsen.

Unter den rund 2 700 000 verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Juni bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, befindet sich zweifellos ein gewisser Bestandteil von nicht vollleistungsfähigen Arbeitskräften. Es bleibt die Tatsache, daß die Zahl seit Ende Mai zugenommen hat, bezeichnend für die allgemeine Verfassung des Arbeitsmarktes. Nach Abzug der noch in geübter und ungeübter Stellung oder in Notstandsarbeit Beschäftigten müßten von der genannten Zahl rund 2 647 000 als arbeitslos gelten.

Soweit die Entwicklung des Arbeitsmarktes Schlüsse erlaubt, ist in dem Zustande schwerer Depression, in dem sich die Wirtschaft befindet, keine Besserung eingetreten.

Kommt es heute zur Landtagsauflösung?

Die preussische Regierung ist zuversichtlich.

Berlin, 24. Juni.

Der Mittwochssitzung des Preussischen Landtages sieht man mit der größten Spannung entgegen. In ihr soll nämlich die namentliche Abstimmung über den preussischen Haushalt für 1930 vorgenommen werden. Diese Abstimmung muß wiederholt werden, weil die Koalitionsparteien durch Nichtabgabe von Stimmkarten den Landtag beschlußunfähig gemacht und dadurch die Verabschiedung des Etats verhindert hatten. Die Regierungsparteien sind, wie BDJ hört, der festen Zuversicht, daß die notwendige Stimmenzahl von ihnen allein am Mittwoch aufgebracht wird. Demokraten und Sozialdemokraten werden vollständig zur Stelle sein, vom Zentrum sollen nur zwei Mitglieder durch Krankheit am Erscheinen verhindert sein. Die sozialdemokratische Fraktion zählt im Preussischen Landtag 138 Stimmen, das Zentrum 71, die Demokraten 21. Die Regierungsparteien haben also 230 Mandate. Zur Beschlußfähigkeit des Hauses sind, da

der Preussische Landtag insgesamt aus 450 Abgeordneten besteht, 226 Abgeordnete notwendig. Es müßte also den Regierungsparteien allein schon gelingen, das Haus beschlußfähig zu halten. Die Gefahr ist auch deshalb nicht so groß, weil schon in der letzten Abstimmung Abgeordnete der Deutsch-Hannoverschen, der Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes sich an der Abstimmung beteiligt haben. Wenn sie auch nicht vollständig zur Stelle sein werden, dürfte auch bei den Parteien der Rechten besonders auch nach den Erfahrungen der Sachsenwahlen wenig Reueg bestehen, im Sommer es zu Landtagswahlen kommen zu lassen. Deshalb rechnet man bestimmt nicht mit einem neuen Obstruktionsversuch in der Mittwochssitzung. Die preussische Regierung selbst ist ihrer Sache so sicher, daß sie, wie von maßgeblicher Seite verlautet, die Möglichkeit einer Landtagsauflösung noch nicht einmal erörtert hat, geschweige denn, daß Vorbereitungen dafür getroffen worden sind.

Aus Kreisen der Deutschen Volkspartei wird erklärt, man werde der Regierung die Verabschiedung des Etats nicht erleichtern. Der Fraktionsvorsitzender dieser Partei wird sich am Mittwoch früh noch einmal mit dieser Frage beschäftigen.

Tagesfragen.

Die Frage, wen der Reichskanzler Dr. Brüning als Nachfolger Dr. Moldenbauers für das Reichsfinanzministerium gewinnen wird, scheint in der bevorstehenden Ernennung des bisherigen Reichswirtschaftsministers Dietrich ihre Beantwortung zu finden. Seine eigene Fraktion ist damit freilich nicht einverstanden. Über Brüning hat schon, als er sein Kabinett zusammenstellte, vernünftigerweise nicht erst lange mit den Fraktionen verhandelt. Und hat er sich jetzt auch angehört, was die Demokraten und die Deutsche Volkspartei ihm zu sagen hatten, so geht er doch — und der Demokrat Dietrich scheint derselben Meinung zu sein — von dem Grundlag aus, daß Handeln in dieser Notzeit langem Verhandeln vorzuziehen ist. So hat er sich denn mit Dietrich über die Abänderung der Deckungsvorläge, insbesondere des Notopfers, unterhalten, und einer Angleichung an den Vorschlag des preussischen Staatsministeriums zugestimmt. Wenn die Uebernahme der Regierungsvorlage in der Weise vor sich geht, wie es jetzt angekündigt wird, so sehen wir darin gegenüber der ursprünglichen Vorlage einen Fortschritt nach der sozialen Seite und eine weitgehende Berücksichtigung der kritischen Bemerkungen, die wir unter grundsätzlicher Befassung des Notopfergedankens hier gemacht haben. Sehr wesentlich ist, daß der Reichshaushaltsplan noch einmal gehörig durchgeprüft werden soll. Erst die Streichung aller Ausgaben, die nicht für das Reich wirklich lebenswichtig und für die Erfüllung seiner Aufgaben nicht ganz unentbehrlich sind, läßt es berechtigt erscheinen, mit den Reformmaßnahmen, durch die bei der Arbeitslosenversicherung 100 Millionen Mark gespart werden sollen, mit der Beitragserhöhung von 3 1/2 auf 4 1/2 Prozent und mit der Veräußerung der Reichsbahn-vorzugsaktien für die Deckung des noch verbleibenden Fehlbetrags ein Notopfer zu fordern. Daß es nicht zu vermeiden ist, ist gewiß für die Beamten und die höheren Einkommen, von denen es erhoben werden soll, unangenehm. Aber erstens soll es ja nicht so hoch ausfallen, wie es ursprünglich geplant war, und dann müssen sich alle heute noch irgendwie gesicherten Existenzen, die dazu herangezogen werden sollen, die Beamten sowohl wie die übrigen Jenkten, allen Ernstes doch das eine sagen, daß ohne gesunde Finanzen der Staat nicht die Hunde geht und daß es dann mit ihrer gesicherten Existenz Ewig ist. Die Steuerzuschüsse ist bei uns ja schon so stark angeordnet, daß der Kreis, aus dem noch etwas herausgequetscht werden kann, nur mehr verhältnismäßig klein ist. Und dieser Kreis kann jetzt nicht gespart bleiben. Kann der Arbeiter, der Angestellte, der schon immer seine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat und jetzt wiederum ein halbes Prozent mehr zahlen muß, etwas dafür, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre so groß ist? Ist sie nicht vielmehr als Folge des Krieges eine allgemeine Volksangelegenheit? Darum muß diese in Ordnung gebracht werden, und darum muß ein Notopfer erhoben werden, solange, bis die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sich nach Senkung der Arbeitslosenversicherung als reine Versicherung, als Angelegenheit der gegen Arbeitslosigkeit Vertriebenen und ihrer Arbeitgeber, aus geringeren Beiträgen selber erhalten kann.

In den preussischen Gegenvorschlägen zur Deckungsvorlage der Reichsregierung ist auch eine Schantverzehrersteuer enthalten, und in politischen Kreisen rechnet man damit, daß sie jetzt auch von der Reichsregierung als Gemeindesteuer in Vorschlag gebracht werden wird. Denn zur Befriedung der Finanznot der Gemeinden ist ja bei den Finanzberatungen noch nichts geschehen. Unter den 14 Punkten des Hilferbittens Finanzprogramms, das uns ein zu den Realsteuern in Relation stehender Verwaltungsbeitrag für die Gemeinden in Form einer Kopfsteuer vorgesehen; auch ist dieser Verwaltungsbeitrag in der parlamentarischen Debatte der letzten Monate wiederholt von verschiedenen Seiten gefordert worden. Aber eine Entscheidung über seine Einführung kann doch erst in Verbindung mit der Schaffung des endgültigen Finanzausgleichs fallen, den man für den Herbst erhofft. Die Verzehrersteuer ist eine leicht zu erhebende besondere Umsatzsteuer, die es in anderen Ländern schon seit langem gibt. Sie wird erhoben in Form eines Zuschlags auf die Rechnung für das, was man in den Wirtschaften verzehrt. So gibt es diese Steuer beispielsweise in Dänemark. Sie hat dort den verlockenden Namen Stat, aber sie hat mit einem solchen Namenstafel nur das gemein, daß es dabei um Procente geht, hier davon, was man gewonnen oder verloren, dort davon, was man verzehrt hat. Der dänische Stat beträgt 10 Prozent. Da aber wie bei uns so auch dort noch die Kellner ihre 10 Prozent Bedienungsgeld erheben, erhöht sich jede Rechnung um 20 Prozent, was für die Leute, die gewöhnen sind, in Restaurants ihre Mahlzeiten einzunehmen, sich immerhin ziemlich empfindlich bemerkbar macht. Ledige, denen dabei niemand den Tisch deckt, und Kellner sind im wesentlichen die Träger dieser Steuer. Bei uns in Deutschland würde sie sich freilich härter

